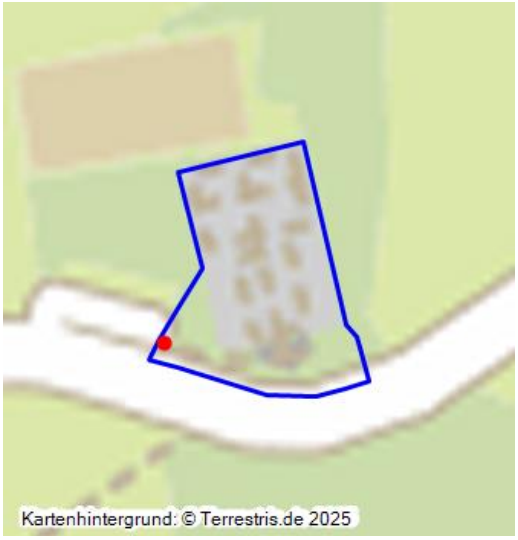
Rurberg - Gräberstätte für sowjetische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen

Schlagwörter: Kriegsgräberstätte, Friedhof
Fachsicht(en): Kulturlandschaftspflege, Landeskunde
Gemeinde(n): Simmerath
Kreis(e): Städteregion Aachen
Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Bild 1: Blick von der Gräberstätte für sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf die Rückseite des Mehrzweckgebäudes am Eingang (2015).
Fotograf/Urheber: Frank Möller



Auf der Gräberstätte Rurberg bei Simmerath sind sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bestattet, die ab 1941 ums Leben kamen.

Über die Lage der Gräberstätte und die dort Bestatteten
Die Planung der Gräberstätte
Die Gräberstätte zum Zeitpunkt der Eröffnung und ihre späteren Ergänzungen
Über die Umbettungen
Der Hintergrund für das Massensterben: Zwangsarbeit im Nationalsozialismus
Die verschwundenen Arbeitslager der Nordeifel
Wie die Zwangsarbeitskräfte in die Nordeifel gelangten
Arbeitseinsatz, Tod und Nachkriegsschicksal
Vom Beschweigen der bestatteten Zwangsarbeiter zur Aufarbeitung, Skandalisierung und offiziellen Aufklärung
Archivquellen, Zeitungsartikel, Internet, Literatur

Über die Lage der Gräberstätte und die dort Bestatteten

Die Gräberstätte Rurberg (Abb. 1) befindet sich auf der Höhe 503 in einem ehemaligen Kampfgebiet des Zweiten Weltkriegs in der Nordeifel. Sie liegt an der L 166, die von Rurberg hinauf nach Kesternich führt. Offiziell eröffnet wurde die Gräberstätte am 2. Juli 1961. Dort ruhen 2.322 sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Mehr als 90 % der Bestatteten kamen als kriegsgefangene Soldaten der Roten Armee bei der Zwangsarbeit ums Leben. Sie starben in den Jahren 1941-1945. Ursache ihres Todes waren vor allem die meist menschenverachtenden Umstände der ihnen aufgezwungenen Arbeitsbedingungen: Unterernährung bei körperlicher Überanstrengung, hygienische Mängel in den Massenlagern sowie verweigerte ärztliche Betreuung. Kriegsgefangene Zwangsarbeiter mussten außerdem damit rechnen, bei Fluchtversuchen von den Wachmannschaften der Wehrmacht erschossen oder erschlagen zu werden.

Die Bestatteten stammen mehrheitlich aus Russland und der Ukraine, einige auch aus Belarus, Georgien, Tschuwaschien, Ossetien und zahlreichen weiteren Teilstaaten der ehemaligen Sowjetunion. Ihre sterblichen Überreste waren zunächst an verschiedenen Orten der Nordeifel beigesetzt und nach Fertigstellung der Gräberstätte Rurberg im Jahr 1961 hierhin umgebettet worden. Der Grund dafür: Nach dem Krieg hatte es zahlreiche Beschwerden der britischen Besatzungsbehörden und der sowjetischen Militärs gegeben, die die verschiedenen Gräberstandorte in Augenschein genommen hatten. Ihre Vorwürfe an die verantwortlichen deutschen Verwaltungen lauteten: keine angemessene Grabgestaltung und Grabpflege sowie keine verlässlichen Auskünfte über die tatsächliche Anzahl der Toten und deren Identitäten. Die Errichtung der Gräberstätte Rurberg - in amtlichen Dokumenten und im Volksmund immer wieder als „Russenfriedhof“ oder als „Kriegsgräberstätte“ falsch benannt - war der Versuch, durch eine zentrale Anlage den Konflikt zu entschärfen. Eine zentrale Gräberstätte bedeutete Kostenersparnis bei der Pflege, Entlastung der einzelnen Gemeinden und effektive Kontrollmöglichkeiten bei der Instandhaltung.

Die Planung der Gräberstätte

Erste Überlegungen zur Errichtung der Anlage begannen bereits Ende der 1940er-Jahre. Mit der Ausführung des Baus wurde jedoch erst 1959 begonnen. Träger der Baumaßnahmen war die Gemeinde Rurberg. Als Architekt und Bauleiter fungierte Heinrich Wienker, Geschäftsführer beim Bezirksverband des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Stadtgartenbauamtmann in Aachen. Die Kosten wurden gemeinsam von Land und Bund getragen.
1958 waren zunächst 168 Umbettungen geplant, 1959 bereits 413 und später im Jahr 439. Im Laufe des Jahres 1960 schoss die Zahl dann nach oben. Allein 1.552 Tote sollten vom Feldfriedhof in der Merzenicher Heide bei Arnoldsweiler umgebettet werden. Das hatte eine deutliche Erweiterung der Anlage zur Folge. Bislang letzte Umbettungen fanden 1970 statt.

Da die Anzahl der auf die Gräberstätte Rurberg umzubettenden Toten zwischen 1958 und 1961 ständig zunahm, änderten sich auch die Baupläne mehrfach. Ursprünglich war nur derjenige Abschnitt als Gräberstätte vorgesehen, der heute den oberen Teil der Anlage bildet. Der Auftrag zur Ausführung dieses ersten Bauabschnitts wurde im Dezember 1958 erteilt. Am 25. Januar 1960 stimmte die Gemeinde Rurberg einer vom Aachener Regierungspräsidenten gewünschten Erweiterung zu. Diese wurde Richtung Süden zur Landstraße zwischen Kesternich und Rurberg hin vorgenommen. Der erste Bauabschnitt umfasste 2.200 qm Fläche mit namentlich gekennzeichneten Gräbern. Im Zuge der Erweiterung kamen noch einmal 1.400 qm hinzu. Dabei dominierten zwei parallel zueinander angelegte rechteckige Grabfelder mit jeweils 857 Toten.

Für die Pläne verantwortlich zeichnete der Architekt und Bauleiter Heinrich Wienker. Die verschiedenen Entwicklungsstufen hin zu einer immer größer werdenden Anlage spiegeln sich in seinen Plänen, die zwischen 1958 und 1961 entstanden. Der erste Entwurf zum Bau der Gräberstätte entstand am 2. Februar 1958 (Abb. 2). Damals waren erst die genannten 168 Umbettungen geplant. Da die Zahl in den beiden Folgejahren fast um das Vierzehnfache wuchs, wurde dieser Plan komplett verworfen. Im Januar 1960 entstand ein farbiger Plan, der der heutigen Gräberstätte mit den zwei Bauabschnitten schon weitgehend entspricht (Abb. 3). Neben der Beschriftung der Gräber fehlt hier aber auch noch die letzte Grabreihe im oberen Bereich der Gräberstätte. Der letzte, bis heute gültige Plan wurde im Januar 1961 entworfen (Abb. 4).

Die Gräberstätte zum Zeitpunkt der Eröffnung und ihre späteren Ergänzungen

Zentrales Element der Gräberstätte, auf das die Wege zulaufen, ist ein aus Ruhrsandstein gefertigtes *Kreuz der russisch-orthodoxen Kirche*. Die Entwürfe und die Ausführung des Hochkreuzes stammen von dem Unternehmen für Natursteinwerk Wilhelm Wings aus Aachen. Bei der Eröffnung der Gräberstätte am 2. Juli 1961 geriet dieses Kreuz zum Politikum. Von offizieller sowjetischer Seite aus wurde argumentiert, das Kreuz sei auf der Gräberstätte unangebracht, weil die Sowjetarmee nicht unter einem religiösen Zeichen gegen Nazi-Deutschland gekämpft und gesiegt habe. Auch die Anwesenheit eines Vertreters der russisch-orthodoxen Kirche wurde deswegen abgelehnt. Der Kompromiss bestand schließlich darin, das Kreuz soweit mit Eichenlaubgirlanden und Blumen zu schmücken, dass es kaum mehr als solches erkennbar sein würde (Abb. 5). Zwei Wochen nach der staatlichen Eröffnung segnete Erzbischof Alexander aus München als Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche Deutschlands die Gräberstätte ein. Zusammen mit weiteren Kirchenvertretern hielt er dort einen Totengottesdienst ab - vor dem inzwischen frei sichtbaren Hochkreuz (Abb. 6).

Die Grabsteine wurden ebenfalls von der Firma Wilhelm Wings entworfen und aus Ruhrsandstein gefertigt (Abb. 7 und 8). Sie haben die Maße 100 x 45 x 12 cm und sind jeweils mit zwei Namen in kyrillischer Schrift sowie den entsprechenden Geburts- und Todesdaten der Bestatteten versehen, soweit diese bei der Bearbeitung bekannt waren. Den Inschriften ist zu entnehmen, dass hier auch vier Kinder bestattet wurden. Insgesamt befinden sich 174 Grabsteine auf der Anlage.
Auf die beiden mit Rasen bepflanzten Gemeinschaftsgräberflächen im unteren Bereich der Anlage wurden *zwei Grabkissen* platziert. Ihr kyrillischer Text weist darauf hin, dass dort jeweils 857 Tote bestattet wurden (Abb. 9 und 10). Die bis auf wenige Ausnahmen unbekannten Toten wurden aus dem für Kriegsgefangene in der Nordeifel zuständigen berüchtigten Stalag

Arnoldsweiler hierhin umgebettet. Lediglich 24 Namen der Toten sind bekannt. Sie wurden auf die Grabkissen übertragen.
Nach der Eröffnung fanden einige Ergänzungen auf der Gräberstätte statt. Die erste stammt aus den 1970er-Jahren. Am Beginn der Zuwegung vom Parkplatz aus wurde linker Hand ein Ensemble aus acht Basaltsäulen aufgestellt, die die Gräberstätte kennzeichnen (Abb. 11). Das ‚Büro für Planung und Gestaltung Hallmann + Rohn' aus Aachen entwarf die Pläne für das Ensemble 1978. Im Spätsommer des Jahres wurde es aufgestellt.

Die beiden markantesten Ergänzungen stammen aus den Jahren 1991 und 2015. Am 16. April 1986 beschloss der Hochbauausschuss der Gemeinde Simmerath, ein *Mehrzweckgebäude* zur Aufnahme einer Toilettenanlage, eines Geräteraums sowie eines Aufenthaltsraums errichten zu lassen. Die Entwürfe dazu fertigte im Januar 1988 das ‚Architekturbüro Nellessen + Brasse' aus Roetgen an. Die Architekten orientierten sich dabei an sowjetischen Vorbildern in Holzbauweise. 1991 wurde das Gebäude errichtet (Abb. 12). Zwei Jahre später erhielten die Architekten vom ‚Bund Deutscher Architekten' dafür den Architekturpreis Aachen. Eine entsprechende Hinweistafel darauf wurde an dem Gebäude angebracht.
Im Oktober 2015 wurden *zehn Stelen* aus Granit entlang des Weges zwischen den Gemeinschaftsgrabflächen errichtet (Abb. 13 und 14). Am 19. Juni 2016 fand ihre Einsegnung statt. Auf den Stelen finden sich in kyrillischer Schrift Namen und Daten von 2.485 sowjetischen Opfern der Zwangsarbeit. Tatsächlich wurden in Rurberg allerdings ‚nur' die Überreste von 2.322 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bestattet. Die darüber hinaus genannten Namen sind Verstorbenen bzw. Ermordeten zuzuordnen, deren Überreste bislang nicht gefunden wurden.

Zurückzuführen ist die Namensfindung der 2.322 Bestatteten auf die Auswertungsarbeit der ‚Dokumentationsstelle Dresden' innerhalb der ‚Stiftung Sächsische Gedenkstätten'. Nach Ende des Kalten Krieges bekam sie Zugang zu Archivbeständen von Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Ergänzende Unterlagen konnte die Gemeinde Simmerath beisteuern. Weitere Unterstützung erhielt die ‚Dokumentationsstelle' durch die regionalen Forscher Konrad und Benedikt Schöller (Nideggen-Schmidt / Simmerath), die wesentliche Hintergrundinformationen zur Verfügung stellten.
Außer diesen beiden später entstandenen Großprojekten gibt es auf dem Gelände noch einige kleinere Ergänzungen. Betritt man die Gräberstätte, findet sich direkt auf der rechten Seite am Boden eine *Gedenkplatte mit Fotografien* (Abb. 15 und 16). Der Friedhofswärter Norbert Schmitz hat sie geschaffen. Seit Beginn der 2000er-Jahre wurden ihm die in Emaille gebrannten Bilder von Angehörigen der Toten übergeben.

Darüber hinaus gibt es einige weitere Ergänzungen, die ebenfalls auf Angehörige der Toten zurückgehen. Auf einem Grab am Ende der Gräberstätte rechts befindet sich der Grabstein von Stefan Malzew. Dort haben Angehörige nachträglich ein *Bild* des Toten angebracht (Abb. 17). Darauf sind auch dessen zweiter Vorname und das Geburtsjahr vermerkt, die auf dem Grabstein fehlen. Auf der Grabstätte von Lukerja Kolobajewa wurde 64 Jahre später auch ihr Sohn Alexander Kolobajew bestattet, was durch eine *quadratische Grabplatte* verdeutlicht wird (Abb. 18). Er lebte in Menzerath (Gemeinde Monschau) und hatte sich diesen Bestattungsort neben seiner Mutter gewünscht. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge genehmigte die Beisetzung dort.

2015 wurden auch 14 Grabplatten aus weißem Marmor vom Friedhofswärter an der Rückseite des Mehrzweckgebäudes angebracht (Abb. 19 und 20). Dreizehn Tafeln verzeichnen die Namen sowjetischer Kriegsgefangener, die als Zwangsarbeiter in der Eschweiler Industrie eingesetzt waren und dort aufgrund mangelnder Versorgung starben. Sie waren zunächst auf dem jüdischen Friedhof an der Talstraße in Eschweiler beigesetzt worden. Als das Friedhofsareal nach dem Krieg an das Eschweiler Gusswerk Albert Jussen verkauft werden sollte, wurden die Leichname auf den Eschweiler Waldfriedhof umgebettet. Eine der Platten ist einem Mann gewidmet, der noch zur Zeit des I. Weltkriegs sein Leben als Zwangsarbeiter verloren hatte und nicht hier bestattet ist. Aus den Akten des Archivs der Gemeinde Simmerath geht hervor, dass 88 sowjetische Tote vom Friedhof Eschweiler nach Rurberg umgebettet wurden. Darunter befinden sich auch die 13 auf den Tafeln genannten Toten der Jahre 1942-1944. Vom Waldfriedhof Eschweiler gelangten die Tafeln nach der Umbettung nach Schevenhütte. Der Zeitpunkt und die genauen Umstände sind nicht bekannt. Von Schevenhütte aus wurden sie auf private Initiative hin 2015 der Gemeinde Simmerath übergeben.

Über die Umbettungen

Verstorbene sowjetische Kriegsgefangene wurden während des Nationalsozialismus meist in der Nähe ihrer Lager bestattet oder einfach in Massengräbern verscharrt. Es kam auch vor, dass sie auf jüdischen Friedhöfen beigesetzt und damit - wie die dort Bestatteten Jüdinnen und Juden - aus rassischen Gründen gezielt ausgegrenzt wurden. Beispiele dafür sind Judenfriedhöfe in Blumenthal (Abb. 21 und 22), Kall und Eschweiler.

Als die Gräberstätte Rurberg geschaffen wurde und die Umbettungen stattfanden, verschwanden nicht nur die auf den historischen Fotografien abgelichteten Gräber mit ihren oft erst auf Druck der Besatzungsmacht gesetzten Kreuzen oder von sowjetischen

Stellen geforderten Steinplatten. Auch die Erinnerung an diese ersten Gräberstätten und die Schicksale der Toten erlosch. Denn Hinweise auf die ursprünglichen Grabstellen wurden in den ersten fünf Jahrzehnten nach den Umbettungen nicht geschaffen. „Russenkreuze“ wurden stattdessen zerkleinert und als Brennholz genutzt, wie ein Schreiben des Amtsdirektors von Blumenthal vom 15. November 1957 mit Verweis auf den „Russenfriedhof“ in Hollerath belegt (Gemeindearchiv Hellenthal). Gedenksteine, die den Toten noch von sowjetischen Kameraden oder auf Anordnung der Militärregierung gesetzt worden waren, wurden in den 1960er-Jahren ebenfalls stillschweigend entfernt. Von den Gedenksteinen am Sammelfriedhof in Hollerath (Abb. 23) und auf dem Waldfriedhof Buhlert (Abb. 24) blieben lediglich Fotografien aus den späten 1940er- und 1950er-Jahren erhalten.
Die Tabelle (Abb. 25) verdeutlicht, von welchen Einzelfriedhöfen aus die Umbettungen auf die Gräberstätte Rurberg erfolgten (*Tabelle: Harzheim, Gabriele; unter Mitwirkung von Hänel, Dagmar (2021), Erinnerungsort Rurberg , S. 43, Grafik: Eva Müller-Hallmanns.*).

Der Hintergrund für das Massensterben: Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Das System der Zwangsarbeit wurde in Deutschland bereits während des Ersten Weltkriegs (1914-1918) eingeführt. Es fußte auf dem Einsatz von *Kriegsgefangenen* sowie von ausländischen *Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeitern*. Während des Zweiten Weltkriegs (1939-1945) knüpften die Nationalsozialisten daran an, um heimische Arbeitskräfte zu ersetzen, die sich als Soldaten im Krieg befanden.
Die Zahl aller Zwangsarbeitskräfte im Deutschen Reich lag während des Zweiten Weltkrieges bei gut 13 Millionen. Dabei lassen sich drei Gruppen voneinander unterscheiden.

1. *Zivile Arbeitskräfte* bildeten das größte Kontingent. Sie unterstanden dem Arbeitsamt und der Deutschen Arbeitsfront sowie dem Ausländerreferat der Gestapo.
2. *Kriegsgefangene* unterstanden der Wehrmacht und bildeten das zweitgrößte Kontingent.
3. *KZ-Häftlinge* bildeten die kleinste Gruppe; sie unterstanden der SS.

Mit dem Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war die deutsche Führung zunächst davon ausgegangen, sowjetische Gefangene und Zivilisten auf keinen Fall zur Zwangsarbeit im Reich heranzuziehen. Die Gründe waren rassistischer Natur. Der Sowjetbürger galt den Nationalsozialisten als „slawischer Untermensch“. Er wurde am untersten Ende ihrer Rassenhierarchie einsortiert. Erst als im Herbst 1941 mit dem Vormarsch auf Moskau deutlich wurde, dass der Krieg gegen die Sowjetunion keinesfalls mit einem raschen Sieg enden, sondern in einen längeren Abnutzungskrieg übergehen würde, änderte die NS-Führung ihre Haltung. Kriegswirtschaftliche Interessen überlagerten jetzt ideologische Vorbehalte.

Kriegsgefangene Soldaten der Roten Armee wurden somit ab Anfang September 1941 ins Reich deportiert. Ihre Anzahl reichte aber nicht, um den Arbeitskräftebedarf zu decken. Denn von den rund vier Millionen Kriegsgefangenen waren bis zum Februar 1942 bereits fast drei Millionen unter deutscher Aufsicht verhungert, erfroren oder erschossen worden. Sowjetische Kriegsgefangene stellten nach den Juden die größte Opfergruppe der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa dar. Aufgrund des Mangels wurden ab Ende 1941 auch sowjetische Zivilarbeitskräfte ins Deutsche Reich gebracht. Bis zum Sommer 1944 waren das fast drei Millionen sowjetische Zivilistinnen und Zivilisten. Sie mussten als *„Ostarbeiter“* - ähnlich wie Juden und polnische Zwangsarbeitskräfte - den stigmatisierenden Aufnäher „OST“ auf ihrer Kleidung tragen, der sie sichtbar von anderen Bevölkerungsgruppen abgrenzte. Von ihrem Einsatz profitierten vor allem Industrie und Landwirtschaft, aber auch die Forstwirtschaft, mittelständische Betriebe, Kommunen, kirchliche Einrichtungen und Privathaushalte.

Die verschwundenen Arbeitslager der Nordeifel

Das System des Nationalsozialismus basierte auf der Einbindung vermeintlich „erbbiologisch reiner“ Deutscher in die propagierte „Volksgemeinschaft“ (Inklusion) und auf der Ausgrenzung und Verfolgung „Fremdvölkischer“ und „Gemeinschaftsfremder“ (Exklusion). Für Letztere entwickelten die Nationalsozialisten ein äußerst umfangreiches Lagersystem, das der Disziplinierung, Umerziehung und Ausbeutung bis hin zur Ermordung diente. Zu diesen Lagern zählten Konzentrationslager, Arbeitserziehungslager sowie Kriegsgefangenenlager und Lager für ausländische Zivilarbeitskräfte.
Über die Anzahl der Lager gibt es bis heute keine endgültige Gewissheit. Für ausländische zivile Zwangsarbeiterlager wird häufig eine Zahl von rund 30.000 im Reichsgebiet genannt. Hinzu kamen für Kriegsgefangene einige hundert Stammlager (Stalag), in denen sie registriert und auf Arbeitskommandos verteilt wurden, sowie weitere improvisierte Durchgangslager (Dulag).

Was für das gesamte Reich charakteristisch war, galt auch für die Eifel: Die dort errichteten nationalsozialistischen Lager waren

Ausdruck der politischen Absicht zum rassistisch begründeten Umbau der Gesellschaft und zur Ausnutzung fremdländischer Arbeitskraft. Dabei leisteten zahlreiche Deutsche Hilfsdienste für die mit der Bewachung der Lager beauftragten Sicherheitsorgane. Die meisten in Rurberg Bestatteten gehörten vor ihrem Tod Arbeitskommandos an, die aus sowjetischen Kriegsgefangenen zusammengesetzt waren. Einige regionale Studien aus den 2000er-Jahren weisen Zwangsarbeitslager in der Nordeifel aus, in denen Menschen aus der Sowjetunion untergebracht waren. Sie umfassen die Altkreise Monschau, Schleiden und Euskirchen sowie den Kreis Aachen in seinen heutigen Grenzen.

Nach dem Krieg verlangten die Besatzungsbehörden von Betrieben und deutschen Verwaltungen konkrete Angaben zu den Lagern, zu ihren Kapazitäten und zur Identität der Insassen. Die Auskünfte, die sie erhielten, waren in den meisten Fällen geschönt. Der Umfang des Lagerkosmos wurde heruntergespielt, einzelne Lagerstandorte ganz verschwiegen. Auch die baulichen Spuren der „Russenlager“ wurden rasch beseitigt. Das geschah meist aus pragmatischen Gründen. Aus der Evakuierung zurückkehrende Deutsche benötigten provisorische Unterkünfte, wenn ihre Häuser und Wohnungen zerstört waren. Auch bestimmte Berufsgruppen, wie zum Beispiel Waldarbeiter, brauchten Baracken, in denen sie vor Ort übernachten konnten. So wurden ehemalige „Russenbaracken“ vielerorts abgebaut, um sie an anderer Stelle wieder aufbauen und umnutzen zu können.

Wie die Zwangsarbeitskräfte in die Nordeifel gelangten

Zivilisten - Männer, Frauen und Jugendliche - wurden in den eroberten Gebieten der Sowjetunion zunächst für Arbeiten im Deutschen Reich ‚angeworben'; ab 1942 aber gegen ihren Willen von der Straße weg aufgegriffen, aus ihren Häusern gezerrt und zu Transportstellen geschafft. In Güterzügen, häufig Viehwaggons, wurden sie nach Deutschland verschleppt. Die Fahrt konnte einige Tage, aber auch zwei bis drei Wochen dauern.

Durchgangslager gab es nicht in ausreichender Zahl auf deutschem Boden. Daher kamen viele zivile Zwangsarbeitskräfte zunächst in provisorische Sammelunterkünfte oder wurden auch in Kriegsgefangenenlagern mit untergebracht, wo ihre Daten bereits von der zivilen Arbeitsverwaltung erfasst wurden. Raissa Iossifowna Perwina, geb. 1921 und im Frühjahr 1942 aus Baranowitschi (Weißrussland) verschleppt, hat als Zeitzeugin die Umstände ihres Lageraufenthalts geschildert:
„Wir kamen erst in ein Lager bei […] Soltau. Das waren riesige Kriegsgefangenenlager mit Stacheldraht, […] mit Baracken, und darin lagen haufenweise Mäntel von unseren toten Kriegsgefangenen. […] Toiletten gab es nicht, nur eine Grube unter dem Wachturm, da konnte einen der Wachsoldat genau beobachten, die haben sich einen Spaß daraus gemacht und ab und zu in die Grube geschossen, so dass wir bespritzt wurden. Zu essen gab es vor allem gekochte Kartoffelschalen.“ (Memorial Moskau, S. 134-135)

Sammelunterkünfte fungierten auch als Arbeitsvermittlungsbörsen, die den Charakter eines Sklavenmarkts hatten. Die Verteilung der zur Zwangsarbeit Verpflichteten richtete sich nach den Anträgen, die von Betrieben, landwirtschaftlichen Höfen und Haushalten bei regionalen und örtlichen Arbeitsämtern eingegangen waren. In glücklichen Fällen konnte es vorkommen, dass zivile Arbeitskräfte direkt in den Häusern ihrer Arbeitgeber mitwohnen durften. Die meisten landeten jedoch in dem dichten Lagernetz für zivile Arbeitskräfte, das von größeren Betrieben selbst unterhalten wurde, die dabei eng mit der Gestapo und der Ortspolizei kooperierten. Diese wiederum nutzten ihren Handlungsspielraum häufig in repressiver und mitunter todbringender Weise.

Schlimmer noch als den zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern erging es den sowjetischen Kriegsgefangenen. Die meisten von ihnen erreichten krank, ausgehungert, völlig erschöpft oder sterbend die Stammlager und Arbeitskommandos der Wehrmacht auf dem Reichsgebiet. Ihre Lager waren Teil eines komplexen Systems, das den Wehrkreisen entsprechend gegliedert war. In dem für die Gräberstätte Rurberg bedeutsamen Wehrkreis VI lagen u. a. das bei Paderborn in der Senne befindliche und für die Registrierung der Gefangenen zuständige Stammlager 326 VI K und ebenso das bis 1942 nahe Düren befindliche Lager Arnoldsweiler, das später zum Außenlager des Stalag VI G (Bonn-Duisdorf) wurde.

Im Stalag 326 VI K mussten die Kriegsgefangenen zunächst in Erdhöhlen vegetierten, die sie sich selbst geschaffen hatten, um überhaupt einen gewissen Schutz vor der Witterung zu haben. In Arnoldsweiler wurden sie dichtgedrängt in Zelten untergebracht. Von beiden Lagern sowie vom Stalag Bonn aus gelangte die Mehrzahl Kriegsgefangener zur Ausübung von Zwangsarbeit in die Nordeifel. Dort wurden die allermeisten von der deutschen Bevölkerung streng abgesondert. Ihre Lager, der Transport von Toten zu vorläufigen Grabstellen sowie die Märsche zu Arbeitseinsätzen und die Arbeitseinsätze selbst waren jedoch Teil des Alltags. Für die regionale Bevölkerung konnten sie nicht unbemerkt bleiben. Nach dem Krieg wurde dieses Kapitel dennoch weitestgehend verdrängt und beschwiegen.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren im Deutschen Reich zum

großen Teil katastrophal. Das gilt insbesondere für die sowjetischen Kriegsgefangenen, aber auch für viele der Zivilisten. Sie wurden vorwiegend im Bergbau, in Steinbrüchen, in der Forst- und Holzwirtschaft, in der Rüstungsindustrie, beim Straßen- und Wegebau sowie bei Schanz- und Feldarbeiten unter Frontbedingungen eingesetzt. Sie litten unter den unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Larissa Schwydtschenko, geb. 1926 und im September aus Rostow am Don (Südrussland) nach Düsseldorf verschleppt, arbeitete dort in der Rüstungsindustrie und äußerte als Zeitzeugin:
„Wir haben jeden Tag zwölf Stunden gearbeitet. Wenn du Nachtschicht hattest, dann bist du zurück und sofort umgefallen. Sie haben gerufen: ‚Es gibt Essen, steh auf!', aber du hast einfach die Augen nicht aufbekommen!“ (Memorial Moskau, S. 191)

Die Kriegsgefangenen wurden zumeist in Barackenlagern untergebracht. Diese existierten entweder bereits, weil sie für den Reichsarbeitsdienst oder die Deutsche Arbeitsfront errichtet worden waren, oder sie wurden in aller Eile in Fabriknähe hochgezogen. Die Lager waren mit Stacheldraht umzäunt und ihre Insassen wurden Tag und Nacht von Landesschützen-Einheiten der Wehrmacht bewacht. Durch die Enge in den Baracken breiteten sich rasch lagertypische Krankheiten wie Typhus, Lungenentzündung und Tuberkulose aus. Sie zählten mangels angemessener ärztlicher Versorgung zu den häufigsten Todesursachen unter den Kriegsgefangenen. Außerdem litten sie häufig unter Ungezieferbefall, was zu ‚Desinfektionen' unter entwürdigenden Umständen führte. In zahlreichen Lagern litten die Gefangenen außerdem unter Schikanen und Übergriffen des Wachpersonals. Manche wurden bei Fluchtversuchen oder aus unbekannten Gründen erschossen, einige erschlagen, andere starben an Unterernährung.

Für diejenigen, die die Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland überlebt hatten, bedeutete die Rückkehr nach dem Krieg in die Sowjetunion kein Ende ihrer Leidenszeit. Kriegsgefangene galten den stalinistischen Behörden als Feiglinge, Verräter oder Deserteure. Gemeinsam mit den Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeitern waren sie dem pauschalen Vorwurf ausgesetzt, für den Feind gearbeitet zu haben. Zahlreiche Rückkehrer landeten in Straflagern, anderen wurden soziale Leistungen gekürzt und die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Diese Ausrichtung entwickelte sich erst Ende der 1980er-Jahre im Zuge der Perestrojka zum Besseren.

Auf deutscher Seite gab es seit den 1950er-Jahren kaum ein Bewusstsein darüber, dass man sich durch den Einsatz der sowjetischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter schuldig gemacht hatte. Individuelle Entschädigungsforderungen wurden bis in die 1990er-Jahre abgeblockt. Erst im Jahr 2000 kam es zur Gründung der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft', deren Aufgabe darin bestand, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des NS-Regimes zu entschädigen und internationale Projekte zur Versöhnung zu fördern. Die Stiftung wurde von der Bundesregierung und der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft mit je fünf Milliarden DM ausgestattet. Für viele Opfer der Zwangsarbeit kam das zu spät, und auch die bürokratischen Antragshürden erwiesen sich oft als zu hoch.

Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs und der Umgang mit Kriegsgefangenen der Wehrmacht waren nach 1945 in Deutschland als Themen weitgehend tabuisiert. Verdrängen und Verschweigen blieben prägend für viele Jahrzehnte. Auf Spuren davon stößt man in Archiven und an Objekten auch heute noch allerorts in Deutschland.
Auch die Entstehungsgeschichte der Gräberstätte Rurberg sowie die damit verbundenen behördlichen Schriftwechsel sind Beispiele für eine sprachliche Verschleierung der Schicksale derjenigen, deren sterbliche Überreste hierhin umgebettet wurden. In den Verwaltungsakten ab den 1950er-Jahren tauchen regelmäßig Begriffe wie „Russenfriedhof“, „Zentralfriedhof für russische Soldaten“ oder „Kriegsgräberfriedhof“ für die hiesige Gräberstätte auf. Damit wurde suggeriert, dass es sich bei den nach Rurberg Umgebetteten um im Kampf gefallene russische Soldaten gehandelt habe, statt um Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die wegen unmenschlicher Arbeits- und Lebensbedingungen starben oder ermordet wurden.
Auf einem bei der Einweihung 1961 bereits angebrachter Sockel unter dem Hochkreuz (Abb. 26) ist vermerkt: „Auf diesem Friedhof ruhen 2322 sowjetische Staatsbürger, die fern der Heimat gestorben sind. 1941-1945“. Der Hinweis, dass die hier Bestatteten „fern der Heimat gestorben“ seien, vertuscht die tatsächlichen Umstände ihres Todes und die Verantwortlichen dafür.
Ähnliches gilt für das 1978 aufgestellte Ensemble aus Basaltsäulen im Eingangsbereich der Gräberstätte (Abb. 11). Die dort eingemeißelte knappe Inschrift „Sowjetrussische Kriegsgräber“ suggeriert ebenfalls noch, dass es sich bei den Bestatteten um Soldaten handelt, die in Kämpfen während des Krieges umkamen. Auch die Kennzeichnung, dass es sich um „sowjetrussische“ Gräber handelt ist nicht zutreffend, denn als ‚Sowjetrussland' wurde die Russische Sowjetrepublik vor Errichtung der Sowjetunion im Jahr 1922 bezeichnet. Im Westen lebte der Begriff ‚Sowjetrussland' bis in die Zeit des Kalten Krieges nur deswegen fort, weil der Anspruch der Sowjetunion, ein Vielvölkerstaat zu sein, hier lange Zeit nicht anerkannt wurde.

Diese Dethematisierung der Todesumstände der Bestatteten fand lange Zeit auch ihren Niederschlag in einer Broschüre, die bis ins Jahr 2017 in fünf Auflagen von der Gemeinde Simmerath herausgegeben und vertrieben wurde (Abb. 27). Verfasst von dem damaligen Amts- und Gemeindedirektor Leo Jansen beschrieb sie detailliert die Verwaltungsabläufe, die zur Entstehung der

Gräberstätte Rurberg geführt hatten, nannte als Todesumstände der „russischen Kriegstoten“ aber nur, sie seien „in Gefangenenlagern durch Epidemien oder bei Bombenangriffen“ umgekommen. Letzteres trifft für wenige zu, unterschlägt aber, dass Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter keinen Zugang zu Schutzräumen hatten und damit den Angriffen der Alliierten hilflos ausgeliefert waren.
Eine deutliche Wende im Umgang mit dem Thema Zwangsarbeit brachten die Jahre 2015 bis 2018. Konrad und Benedikt Schöller (Nideggen-Schmidt, Simmerath) hatten damit begonnen, zahlreiche Zwangsarbeiter-Akten auszuwerten und das Thema schließlich im Juli 2015 in der Ausstellung „Verschleppt, verhungert, verscharrt“ in der Pfarrkirche St. Hubertus in Nideggen-Schmidt öffentlich zu machen (Abb. 28). Beide Regionalforscher, die später mit dem „Ehrenpreis für soziales Engagement des Kreises Düren“ (2020) und dem „Rheinlandtaler“ des LVR (2022) ausgezeichnet wurden, arbeiteten auch mit zwei weiteren Regionalforschern zusammen, die 2018 zwei umfangreiche Studien herausbrachten. Zunächst legte der ehemalige Journalist Franz Albert Heinen (Schleiden) seine Untersuchung über Zwangsarbeit im Altkreis Schleiden vor (Abb. 29). Wenige Monate später erschien eine Studie des ehemaligen Landarztes Dr. Dieter Lenzen (Simmerath-Kesternich) über die Zwangsarbeit im Altkreis Monschau (Abb. 30). Damit war das Schweigen über das bis dahin in der Öffentlichkeit weitgehend tabuisierte Thema endgültig gebrochen.

Einen Niederschlag auf dem Gelände der Gräberstätte Rurberg hatten Ausstellung und Studien indes nicht unmittelbar finden können. Einen Anstoß für eine mögliche Beschleunigung nachzuholender Informationen über die dort Bestatteten gab es schließlich im Juli 2020. Eine anonyme Gruppierung, die sich selbst als „Wandergruppe Eifelgold“ bezeichnete, brachte in dem Monat an dem Mehrzweckgebäude eine Tafel an, deren Text in deutscher und russischer Sprache verfasst war (Abb. 31). Der Text lautete:
„Auf dieser Kriegsgräberstätte ruhen mehr als 2.300 Frauen, Männer und Kinder aus der ehemaligen Sowjetunion. Sie starben zwischen 1941 und 1945. Die meisten Männer waren als Kriegsgefangene in die Nordeifel deportiert worden, die meisten Frauen und Kinder als ‚Ostarbeiter'. Sie alle unterlagen dem Diktat der verbrecherischen NS-Zwangsarbeit. Eingesetzt wurden sie in der Land- und Forstwirtschaft, in Industrie- und Handwerksbetrieben, in Steinbrüchen sowie beim Straßen- und Wegebau. Sie mussten schwerste körperliche Arbeit verrichten.
Sowjetische Bürgerinnen und Bürger galten im nationalsozialistischen Deutschland als ‚rassisch minderwertig'. Die meisten waren in großen, primitiven Lagern untergebracht und dort der Willkür und Brutalität des Wachpersonals ausgesetzt. Eine ausreichende Ernährung und medizinische Versorgung wurde ihnen verweigert. Viele starben an Hunger, Entkräftung und Krankheiten, manche wurden erschossen, andere zu Tode geprügelt. Die Todesursachen wurden in den Lagerakten oft verschleiert, die Spuren verwischt.
1950 gab es in der Region erste Überlegungen zur Errichtung einer zentralen Kriegsgräberstätte für die sowjetischen Opfer des nationalsozialistischen Deutschland. Es dauerte dann aber noch ein Jahrzehnt, bis die Sowjetische Kriegsgräberstätte Rurberg am 2. Juli 1961 eingeweiht werden konnte.
Von etwa 50 Grabanlagen des ehemaligen Regierungsbezirks Aachen wurden die zu Tode geschundenen Sowjetbürgerinnen und -bürger nach Rurberg umgebettet. Allein aus der Merzenicher Heide beim Stammlager Arnoldsweiler gelangten 1.552 Tote nach Rurberg.
Spuren der Zwangsarbeiterlager wurden von den Gemeinden nach dem Krieg rasch beseitigt, ebenso Hinweise auf die früheren Begräbnisstätten. Das Thema Zwangsarbeit blieb jahrzehntelang, nicht zuletzt aus Sorge vor Entschädigungsforderungen, tabu.
Am 19. Juni 2016 wurden auf der Kriegsgräberstätte zehn Stelen mit den inzwischen recherchierten Namen der Getöteten errichtet, um ihnen ihre Identität zurückzugeben und die Erinnerung an sie wach zu halten. Die Aufarbeitung des Themas wurde damit angestoßen.
Beendet ist sie längst noch nicht. Wandergruppe Eifelgold | Juli 2020“.

Abgesehen davon, dass die Gräberstätte auf der Tafel wiederum als „Kriegsgräberstätte“ bezeichnet wurde, war der Text korrekt und lieferte unmittelbar am Begräbnisort Informationen, die bis zur Anbringung dieser Tafel dort niemand vorfinden konnte. Dennoch ließ die Gemeinde diese Tafel auf Anweisung des damaligen Bürgermeisters Karl-Heinz Hermanns ersatzlos entfernen. Doch dabei blieb es nicht. Einen Monat später reagierte die Aktionsgruppe erneut. In einer Presseerklärung bewertete sie die Entfernung der Tafel als „eine Fortsetzung der Politik des Wegsehens, Verschweigens und Ignorierens“ und kündigte an:
„Wir lassen keine weitere Tafel für die Gemeinde Simmerath anfertigen. Aber wir haben einige hundert Aufkleber drucken lassen. Ein Muster liegt bei [Abb. 32]. Der Text entspricht einer komprimierten Fassung des abgehängten Tafeltextes. Außerdem betont er die Verantwortung der Gemeinde Simmerath und informiert Wanderfreunde über die Defizite der lokalen politischen Kultur. Die ersten 50 Aufkleber haben wir im Umfeld der Sowjetischen Kriegsgräberstätte und der Gemeinde angebracht. 50 Aufkleber sind mühsamer zu entfernen als eine einzige Tafel. Die weiteren werden wir anbringen lassen, wenn die Gemeinde aus Mangel an Zivilcourage am Prinzip der drei Affen festhält: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.“

Die regionale Presse griff diese Aktion auf. In den Aachener Nachrichten vom 21.08.2020 schrieb Peter Stollenwerk über den

Vorgang:
„Die Aktion am Russenfriedhof hat beim Simmerather Bürgermeister Karl-Heinz Hermanns nicht nur für Unverständnis und Fassungslosigkeit gesorgt, sondern auch umgehend sein rechtsstaatliches Verständnis auf den Plan gerufen. Die Verwaltung prüfe derzeit, den strafrechtlichen Aspekt dieser Vorgehensweise', sagte Hermanns auf Anfrage der Lokalredaktion. Die Aktionen bezeichnet er als ‚völlig inakzeptabel'. Gemeinschädliche Sachbeschädigung an einer Ehrenstätte und dazu wildes Plakatieren sieht er als mögliche Straftatbestände."
Außerdem könne „von einem ‚peinlichen Schweigen der Gemeinde Simmerath' nicht die Rede sein", vielmehr gäbe es „nachweislich eine Vielzahl von Aktivitäten […] die belegten, dass die Verwaltung sich bereits seit geraumer Zeit intensiv und weit vor den Aktionen der ‚Wandergruppe Eifelgold' mit der Kriegsgräberstätte befasse und sich von dritter Seite ‚neutral und kompetent' beraten lasse."

Bei der Androhung strafrechtlicher Konsequenzen und der Behauptung umfangreicher eigener Aktivitäten blieb es nicht. Der Presseartikel löste vielmehr Stellungnahmen unter denjenigen aus, die sich in den zurückliegenden Jahren bereits ernsthaft und konsequent mit der Zwangsarbeit in der Region und den Todesumständen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern befasst hatten. Ein mit dem Thema seit Langem vertrauter Historiker aus Aachen, Dr. Thomas Müller, sowie Konrad Schöller aus Nideggen-Schmidt reagierten auf die Berichterstattung mit Zuschriften an die Aachener Nachrichten. Das führte dazu, dass das Thema unter der Überschrift „Kritik am Umgang mit der Kritik" am 2. September 2020 durch den Journalisten Marco Rose in den Aachener Nachrichten erneut aufgegriffen wurde.

Thomas Müller bezeichnete die Reaktion des Simmerather Bürgermeisters als „kleingeistig" und „peinlich". Müller, der bereits knapp zwanzig Jahre zuvor die erste systematische Studie über Zwangsarbeit im ehemaligen Kreisgebiet Aachen erstellt hatte, kritisierte, dass sich die bisherige Information über Rurberg, die in allzu kleiner Schrift unter einem Plan der Gräberstätte nur schwer zu entziffern war, „wie ein Verwaltungsbericht [lese], der die Leistungen der am Bau des Friedhofs beteiligten Behörden würdigt." Er schlussfolgerte daraus:
„Um diese Informationstafel zu ändern, braucht man keine wissenschaftliche Kommission, die dafür ein Jahr lang tagt. Das ist ganz schnell erledigt. […] Man wäre damit vielleicht zum ersten Mal den dort bestatteten Menschen gerecht geworden. Man hätte das Ergebnis ins Russische übersetzen lassen können, ohne die Kinder und Enkel der Opfer zu brüskieren. Im Fehlen alles dessen liegt ein unendliches und deprimierendes Versagen. Daher war die Aktion der ‚Wandergruppe Eifelgold' richtig."

Gleicher Ansicht war auch Konrad Schöller, den die Zeitung mit den Worten zitierte:
„Was ist wohl das schlimmere Vergehen: Die vermeintliche Sachbeschädigung oder jahrzehntelanges Schweigen über Wehrmachtsverbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen?"
Ein deutlicher Wandel setzte in der Gemeinde Simmerath nach der Kommunalwahl im September 2020 ein. Unter dem neu gewählten Bürgermeister Bernd Goffart beschleunigte sich die Aufklärung über die Gräberstätte Rurberg und die dort Bestatteten. Im Oktober des Jahres erschien eine bereits vor der Kommunalwahl in Auftrag gegebene völlig neue Broschüre über den „Erinnerungsort Rurberg" (Abb. 33). Die von Gabriele Harzheim (IP Vogelsang) unter Mitwirkung von Dr. Dagmar Hänel (LVR) verfasste Publikation benannte erstmals deutlich die Folgen der Zwangsarbeit für die in Rurberg Bestatteten und setzte sich quellenkritisch mit den älteren Publikationen der Gemeinde über die Gräberstätte auseinander. Diese neue Publikation wird von der Gemeinde Simmerath und von Vogelsang IP vertrieben.

Darüber hinaus griff die Gemeinde unter ihrem neuen Bürgermeister den Gedanken wieder auf, eine dem Stand der Wissenschaft entsprechende Ausstellung im Außenbereich der Gräberstätte entwickeln zu lassen. Auch dies geschah in Kooperation mit dem Landschaftsverband sowie der Grafikdesignerin Eva Müller-Hallmanns (Vossenack), die bereits die aktuelle Broschüre gestaltet hat.

2022/23 entstanden 14 Informationstafeln; vier im Eingangsbereich, die auf das Mehrzweckgebäude zuführen (Bild 34). Sie enthalten die Grundinformationen über die Entstehung der Gräberstätte, über das Thema Zwangsarbeit sowie über die Zwangsarbeitslager in der Nordeifel und die inzwischen weitgehend vergessenen Gräber, wo die Zwangsarbeitskräfte oft verscharrt und später nach Rurberg umgebettet wurden. Die vier Tafeln werden mit vier weiteren kombiniert, auf denen die Texte auf Ukrainisch, Russisch, Englisch und Französisch lesbar sind. Die weiteren sechs Tafeln, die sich im Durchgangsbereich des Mehrzweckgebäudes befinden haben QR-Codes, über die man die Übersetzungen aufrufen kann.

Die Tafeln im Außenbereich des Gebäudes vertiefen die Aspekte der Zwangsarbeit noch einmal. Wenn man sich dem Gebäude annähert, stößt man auf eine Tafel, die ausschließlich Porträts von hier Bestatteten zeigt (Bild 35). Es ging darum, sie nicht hinter der Zahl 2.322 verschwinden zu lassen. Die meisten der hier Bestatteten waren Kriegsgefangene. Sie wurden in Stammlagern

registriert und anschließend auf Arbeitskommandos verteilt. Während der Registrierung wurden die Gefangenen von Angehörigen der Wehrmacht fotografiert. Dabei mussten sie Schilder mit Erkennungsmarken vor sich halten. Auf der Rückseite der Tafel finden sich weitere Bilder und eine entsprechende Erklärung dazu.

Die folgenden vier Tafeln (Bild 36) thematisieren den Weg der Zwangsarbeitskräfte in die Nordeifel. Außerdem den Arbeitseinsatz im ‚Deutschen Reich', den oftmals dadurch bedingten Tod und das Nachkriegsschicksal der Überlebenden. Eine weitere Tafel geht auf die Planungen und Entwürfe der hiesigen Gräberstätte ein. Dabei wird deutlich, dass zu Beginn gar nicht mit einer so hohen Anzahl von Umzubettenden gerechnet wurde. Die vierte und letzte Kategorie der Tafeln ist auf die Gräberstätte ausgerichtet. Wer sie besucht hat, läuft auf dem Rückweg auf die Tafel zu. Sie erläutert die einzelnen Objekte und Elemente der Gräberstätte und geht abschließend auf den Sprachwandel ein, über den man sich heute Gedanken machen muss.

Am 19. Oktober 2023 wurden die Tafeln offiziell von der Gemeinde Simmerath durch Bürgermeister Bernd Goffart vorgestellt und der Öffentlichkeit übergeben (Bilder 37-39). Rund 70 Besucherinnen und Besucher waren dabei anwesend. Neben Bürgermeister Goffart hielten zusätzliche Ansprachen Thomas Leßmann, wissenschaftlicher Referent des LVR, Konrad Schöller von der Geschichtswerkstatt Nordeifel sowie die beiden Produzenten der Tafeln: die Diplom-Designerin Eva Müller-Hallmanns aus der Gemeinde Hürtgenwald, die die Tafeln gestaltet hatte, sowie der Autor dieses Textes, der Historiker Frank Möller aus Köln, der die Texte der Tafeln entwickelt und die Zusammenstellung der Bilder organisiert hatte.

Auf der Website der Gemeinde Simmerath (www.simmerath.de) finden sich die Texte aller Tafeln, sowohl auf Deutsch als auch auf Ukrainisch, Russisch, Englisch und Französisch. Sie können auch als Vorbereitung bei Besuchen mit Gruppen dienen.

(Frank Möller, Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis e. V, 2022, aktualisiert 2023)

Archivquellen

- Gemeindearchiv Hellenthal / Kreis Schleiden, Akte Nr. 730 / 06 (1447): Jüdischer Friedhof Blumenthal 1949-1968; Akte 730 / 09 (1460): Sterbefälle russischer Kriegsgefangener im Arbeitskommando Hollerath im Jahre 1941; Akte 730 / 09 (1461): Friedhof russischer Soldaten in Hollerath (1960 aufgelöst). Herrichtung und Gräberlisten 1949-1960; Akte 730 / 09 (1462): Friedhof russischer Soldaten in Hollerath 1960 - Umbettungsprotokolle (nach Rurberg).
- Gemeindearchiv Simmerath, Bestand A. K., Akte Nr. 141; Gem. S., Akte Nr. 59; Bestand B, Akte Nr. 3 (Fotoalbum).
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband NRW in Essen: Ordner „Rurberg / Simmerath".
- Weitere Hinweise auf nützliche Archivquellen finden sich in den beiden Publikationen von F. A. Heinen und Dieter Lenzen zum Thema ‚Zwangsarbeit'.

Zeitungsartikel

- Rose, Marco (2020) Sowjetische Ehrenstätte Rurberg: Kritik am Umgang mit der Kritik In: Aachener Nachrichten, 1.9.2020.
- Stollenwerk, Peter (2020) Aktivisten plakatieren am Russenfriedhof. Anonyme Gruppierung sieht Defizite im Geschichtsverständnis. Gemeinde Simmerath prüft rechtliche Schritte. In: Aachener Nachrichten, Nordeifel, S. 11, 21.8.2020.

Internet

www.simmerath.de: Erinnerungsort Gräberstätte Rurberg (abgerufen 27.10.2023)

Literatur

Harzheim, Gabriele; unter Mitarbeit von Hänel, Dagmar (2021): Erinnerungsort Rurberg. Gräberstätte für sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Nordeifel. Schleiden.

Heinen, Franz Albert (2018): „Abgang durch Tod". Zwangsarbeit im Kreis Schleiden 1939-1945. Schleiden.

Herbert, Ulrich (1985): Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. o. O.

Hüser, Karl; Otto, Reinhard (1992): Das Stammlager 326 (VI K) Senne, 1941 - 1945. Sowjetische Kriegsgefangene als Opfer des nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges. Bielefeld.

Keller, Rolf (2011): Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen. Göttingen.

Kox, Peter / Geschichtsverein des Kreises Euskirchen e.V. (Hrsg.) (2007): Kriegsgefangene und „Fremdarbeiter“. In: Nationalsozialismus im Kreis Euskirchen, Band 2, S. 845-900. Weilerswist (2. Auflage).

Lenzen, Dieter (2018): Zwangsarbeit im Kreis Monschau 1939-1945. (Beiträge zur Geschichte des Monschauer Landes 18.) Düren.

Memorial Moskau; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2019): Für immer gezeichnet. Die Geschichte der „Ostarbeiter“ in Briefen, Erinnerungen und Interviews. Mit einem Essay von Ulrich Herbert. Berlin.

Müller, Rolf-Dieter / Heer, Hannes; Naumann, Klaus (Hrsg.) (1995): Menschenjagd. Die Rekrutierung von Zwangsarbeitern in der besetzten Sowjetunion. In: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, S. 92-103. Hamburg.

Müller, Thomas (2003): Zwangsarbeit in der Grenzzone. Der Kreis Aachen im Zweiten Weltkrieg. (Aachener Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Band 1.) Aachen.

Schöller, Benedikt; Schöller, Konrad / Fings, Karola; Möller, Frank (Hrsg.) (2016): Verschleppt, verhungert, verscharrt - vergessen? Die sowjetische Kriegsgräberstätte Simmerath-Rurberg im regionalgeschichtlichen Kontext. In: Hürtgenwald - Perspektiven der Erinnerung, S. 81-100. Berlin.

Spoerer, Mark (2001): Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart / München.

Streit, Christian (1978): Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Stuttgart.

Streit, Christian / Heer, Hannes; Naumann, Klaus (Hrsg.) (1995): Die Behandlung der verwundeten sowjetischen Kriegsgefangenen. In: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, S. 78-91. Hamburg.

Wallraff, Horst / Kreis Düren; Stadt Düren; Stadt Jülich (Hrsg.) (2000): Nationalsozialismus in den Kreisen Düren und Jülich. Düren.

Rurberg - Gräberstätte für sowjetische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen

Schlagwörter: Kriegsgräberstätte, Friedhof
Ort: Simmerath - Rurberg
Fachsicht(en): Kulturlandschaftspflege, Landeskunde
Erfassungsmaßstab: i.d.R. 1:5.000 (größer als 1:20.000)
Erfassungsmethoden: Literaturauswertung, Geländebegehung/-kartierung
Historischer Zeitraum: Beginn 1961
Koordinate WGS84: 50° 36 33,46 N: 6° 21 52,67 O / 50,6093°N: 6,36463°O
Koordinate UTM: 32.313.541,24 m: 5.609.693,60 m
Koordinate Gauss/Krüger: 2.525.854,66 m: 5.608.246,54 m

Empfohlene Zitierweise

Urheberrechtlicher Hinweis: Der hier präsentierte Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Die angezeigten Medien unterliegen möglicherweise zusätzlichen urheberrechtlichen Bedingungen, die an diesen ausgewiesen sind.

Empfohlene Zitierweise: Frank Möller, „Rurberg - Gräberstätte für sowjetische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen“. In: KuLaDig, Kultur.Landschaft.Digital. URL: https://www.kuladig.de/Objektansicht/KLD-315855 (Abgerufen: 8. Dezember 2025)

Copyright © **LVR**